

Florian Baumann

Klimagipfel auf Bali – Auf dem Weg zu einer globalen Klimaallianz

1. Top-Thema Klimaschutz

Noch im vergangenen Jahr fielen in Sachen Energie und Klima vor allem Schlagworte wie *Ölwaffe*, *Gaskrieg* oder *Energiesicherheit*. Seit dem Jahresbeginn 2007 hat sich der Fokus von der Energie- hin zur Klimaproblematik verschoben. Die Wende leitete der Stern-Report im Oktober 2006 ein und der Bericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) beseitigte die letzten Zweifel, wie dringend der Klimaschutz vorangetrieben werden muss. Besonders schnell reagierte die EU, indem sie das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Juni diesen Jahres zum Klimagipfel erkoren (siehe dazu: Baumann, Florian / Notz, Kristina: Erfolgreiche Zusammenarbeit zur (Fort-) Entwicklung einer Europäischen Energie- und Klimapolitik, C·A·P Analyse, 6/2007). Aber auch die deutsche Bundesregierung legte sich bereits im August bei ihrer Klausurtagung in Meseberg auf die groben Leitlinien eines Klimaschutzpaketes fest. Nicht zuletzt sorgte der amerikanische Präsident George W. Bush mit seiner eigenen Klimakonferenz – zeitgleich mit der Debatte im Rahmen der UN-Vollversammlung – für einigen Wirbel. Mit dem Friedensnobelpreis für Al Gore und den IPCC hat kürzlich auch noch das Nobelkomitee in Oslo ein deutliches Zeichen gesetzt.

Neuer Fokus Klima

Gerade in Deutschland zeichnen sich dabei zwei sehr unterschiedliche Entwicklungen ab: Während die Bundeskanzlerin mit ihrem internationalen Engagement viele Lorbeeren einheimst, verzetteln sich ihre Kabinettskollegen in kleinlichen Streitereien. Das selbst gesteckte Ziel, bereits vor der UN-Klimakonferenz in Bali im Dezember ein eigenes Gesetzespaket verabschiedet zu haben, rückt damit in weite Ferne. Während Umweltminister Gabriel eher auf ordnungspolitische Eingriffe setzt, hofft sein Kontrahent aus dem Wirtschaftsressort, Michael Glos, auf das freie Spiel der Marktkräfte. Aber auch bei der EU ist Ernüchterung eingeleitet. Vor allem die nationale Verteilung der CO₂-Einsparungen sowie die Anteile erneuerbarer Energieträger am Energiemix der Mitgliedstaaten führen zu heftigen Kontroversen. Daher hat die Kommission ihre Initiative ebenfalls auf das kommende Jahr verschoben.

Anspruch und Wirklichkeit

Als wären die Verhandlungen zu einem Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll nicht ohnehin schwierig genug, zeigen nun ausgerechnet die selbst ernannten Vorreiter deutliche Schwächen. Die EU hatte sich – besonders während der deutschen Ratspräsidentschaft – selbst zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz ernannt, den großen Worten aber bisher nur wenig Taten folgen lassen. Als eine der dominanten Wirtschaftsmächte wäre aber gerade Europa in der einmaligen Lage, den Beweis zu erbringen, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum vereinbar sind. Nur so lassen sich andere Staaten, die ernstzunehmende ökonomische Bedenken in die Debatte einbringen, für globale Lösungsansätze gewinnen. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch, dass die EU ihre Versprechen für ein umfas-

Schwächelnde Vorreiter

sendes Energie- und Klimapakete schnell umsetzt. In Deutschland selbst scheitert die Einführung einer nachhaltigen Klimapolitik am bereits erwähnten Streit zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium und in Großbritannien hat das Thema mit dem Regierungswechsel an Bedeutung verloren. Ohne starke Fürsprecher rückt eine überregionale oder gar globale Klimaallianz jedoch in weite Ferne.

2. Herausforderung Klimawandel

Doppelte Herausforderung

Der Klimawandel stellt die Menschheit in zweierlei Hinsicht vor neue Herausforderungen. Zum einen müssen Möglichkeiten gefunden werden, seine direkten Folgen abzuschwächen und sich an Unvermeidbares anzupassen. Zum anderen müssen die getroffenen Maßnahmen so umgesetzt werden, dass sie weder die Energieversorgungssicherheit noch die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinträchtigen. Die in diesem Zusammenhang häufig genannte Kostenneutralität stellt dabei eine ‚Milchmädchenrechnung‘ dar, da sich die Schäden durch den Klimawandel bestenfalls grob abschätzen lassen. Hinzu kommen die Unsicherheiten der Klimamodellierung sowie die Diskontierung zukünftiger Klimafolgen. Gänzlich unmöglich und surreal werden solche Prognosen aber, wenn es um das Leid von Flutopfern, Hungersnöte oder Klimaflüchtlinge geht. Klar ist aber auch, dass eine Internalisierung der Verschmutzungskosten längst überfällig ist, was aber nur mit einem globalen Ansatz zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann.

Sekundärfolgen

Obwohl Europa derzeit von einem höheren durchschnittlichen Temperaturanstieg betroffen ist als andere Regionen, werden die Folgen des Klimawandels vor allem in der südlichen Hemisphäre ihre dramatische Wirkung entfalten. Trinkwasserknappheit, Häufung und wachsende Intensität von extremen Wetterbedingungen, die Zunahme von Infektionskrankheiten und andere Risiken der globalen Erwärmung sind hinreichend bekannt und sollen hier nicht weiter diskutiert werden. Trotzdem zeigen sich die ersten Anzeichen einer dauerhaften klimatischen Veränderung bereits jetzt. Die Flutkatastrophen 2002 sowie die häufig zitierten 35.000 Hitzetoten im Sommer 2003 sind dafür zwei erschütternde Beispiele. Neben den direkten Auswirkungen gibt es eine ganze Reihe Sekundärfolgen, die nicht zu vernachlässigen sind. Dazu zählten beispielsweise die mögliche Zunahme regionaler Konflikte ebenso wie ein erhöhter Migrationsdruck, ausgelöst durch Wasser- und Nahrungsmittelknappheit und Ähnliches (siehe dazu: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel).

Adaption

Selbst mit einer sofortigen und drastischen Reduktion der Treibhausgasemissionen lässt sich der Klimawandel mittelfristig nur begrenzen, nicht aufhalten. Daher ist es zwingend erforderlich, sich auf die unabwendbaren Folgen der Klimaänderung vorzubereiten. Dazu gehören etwa die Renaturierung von Flussläufen sowie die Erhöhung von Deichen. Längerfristig werden aber auch Architektur und Infrastrukturen an die veränderten, klimatischen Bedingungen anzupassen sein. Außerdem umfasst dieser Bereich die Fortentwicklung des Risikomanagements inklusive verbesserter Analysemethoden zur Klimafolgenforschung. Aus europäischer Sicht ist dabei vor allem eine Vernetzung der nationalen Kapazitäten – etwa bei Frühwarnsystemen oder der Katastrophenhilfe – von gesteigertem Interesse. Die Aufnahme der integrierten Klimaforschung in das 7. Forschungsrahmenprogramm ist daher folgerichtig (vgl. Grünbuch: Anpassung an den Klimawandel in Europa, KOM (2007) 354 endgültig).

Die *Mitigation* des Klimawandels, also dessen Eindämmung und damit das Gegenstück zur *Adaption*, stellt das eigentliche Hauptziel der Konferenz in Bali dar. Die drei vorrangigen Maßnahmen zur Verminderung der Treibhausgase sind die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau alternativer Energien und die Internalisierung von externen Kosten. Die Emissionszertifikate, als Kernstück des Kyoto-Protokolls, stellen in diesem Zusammenhang weniger Verschmutzungsrechte dar, sondern sollen vielmehr einen Anreiz für ressourcen- und klimaschonendes Verhalten liefern. Das *Emission Trading Scheme (ETS)* sollte dabei die gesellschaftlichen Kosten unserer fossilen Energiewirtschaft widerspiegeln. Aufgrund der immensen Anzahl an kostenlos verteilten Zertifikaten und der hohen Volatilität des Zertifikatpreises war aber weder ein echter Anreiz zur CO₂-Einsparung noch die notwendige Planungssicherheit für klimafreundliche Investitionen gegeben. Hauptaufgabe des Post-Kyoto-Prozesses muss es daher sein, einen stabilen Rechtsrahmen zu setzen, der Maßnahmen zum Klimaschutz auf langfristige Sicht wirtschaftlich interessant macht.

Klimawandel abschwächen

3. Positionen zum Klimaschutz

Trotz aller Schwächen muss das Kyoto-Protokoll als – wenn auch minimaler – Erfolg gesehen werden. Schon deswegen, weil es damit zum ersten Mal gelang, ein internationales Abkommen zur Eindämmung von CO₂-Emissionen in Kraft zu setzen, wobei die 176 Teilnehmerstaaten für etwa 70 Prozent der Treibhausgase verantwortlich sind. Die hohe Preisvolatilität der Zertifikate sowie die kostenlose Vergabe der Verschmutzungsrechte konnte in der ersten Phase des Kyoto-Prozesses noch hingenommen werden, muss aber in der nun anstehenden Folgephase verhindert werden. Zudem ist es zwingend erforderlich, die USA als bisher größten Emittenten, aber auch die Entwicklungs- und Schwellenländer mit einzubeziehen. Mit Kyoto wurde ein erster, zaghafter Versuch unternommen, dem Klimawandel mit einem verbindlichen völkerrechtlichen Rahmen zu begegnen. Jeder weitere Schritt muss aber auf den gemachten Erfahrungen aufbauen und diese effizient weiterentwickeln.

Ein kleiner Schritt für das Klima ...

Der Zeitpunkt ist momentan insofern günstig, als sich insbesondere in Nordamerika die Stimmung gedreht hat und gleichzeitig die anthropogene Komponente des Klimawandels mittlerweile zum globalen *Common Sense* gehört. Damit ist klar, dass die globale Erwärmung kein rein zufälliges Ereignis ist, sondern dass der Mensch zumindest einen Teil der Schuld dafür trägt. Weniger Einigkeit herrscht hingegen bei der Frage, wie sich der Temperaturanstieg künftig eingrenzen oder gar verhindern lässt. Dabei lassen sich zwei Hauptkonfliktlinien erkennen. Zum einen ist zwischen Industrie- und Schwellen- bzw. Entwicklungsländern die Bemessungsgrundlage für den CO₂-Ausstoß umstritten. Während die industrialisierten Staaten auf eine Berücksichtigung der Wirtschaftskraft pochen, sprechen sich vor allem China und Indien für eine Pro-Kopf-Bemessung aus. Der zweite Streitpunkt dreht sich um die Frage, inwieweit international verbindliche Grenzwerte und ordnungspolitische Eingriffe zum Klimaschutz die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Das gemeinsame Bekenntnis der G8-Staaten mit Vertretern Brasiliens, Chinas, Indiens, Mexikos und Südafrikas, den Klimaschutz unter dem Dach der UNO weiter vorantreiben zu wollen, ist daher zu begrüßen. Andererseits zeigt die schwammige Formulierung, man wolle die Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 „ernsthaft prüfen“ (G8-Gipfel, Zusammenfassung des Vorsitzes, S. 3) lediglich eine geringe Bereitschaft nachhaltig zu handeln.

Einsichten und Ansichten

Kohlenstoff-Gerechtigkeit

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erregte jüngst Aufsehen mit dem Vorschlag, zukünftig einen Pro-Kopf-Grenzwert für den CO₂-Ausstoß festzulegen und greift damit eine Initiative des indischen Ministerpräsident Manmohan Singh vom G8-Gipfel in Heiligendamm auf. Neu ist dieser Vorschlag allerdings nicht. Zudem ist eine solche Obergrenze nur dann möglich, wenn sie mit dem vom IPCC vorgegebenen 2°C-Ziel verknüpft wird. Andernfalls würde das starke Wachstum der asiatischen Volkswirtschaften sowie die Bevölkerungsentwicklung in diesen Staaten die Klimaschutzmaßnahmen konterkarieren. Nichtsdestotrotz bietet sich so – unter dem Schlagwort *Kohlenstoff-Gerechtigkeit* – die Möglichkeit, zumindest die Schwellenländer in ein globales Klimaschutzabkommen einzubeziehen und gleichzeitig die Industrienationen zu weiteren Einsparungen zu verpflichten. Allerdings stößt Merkels Initiative in Staaten mit hoher Wirtschaftskraft und einer in Relation zu anderen Ländern niedrigeren Bevölkerung deutlich auf Ablehnung.

4. Empfehlungen für Bali und die Zeit danach

Integrierte Konzepte

Trotz aller Dringlichkeit beim Klimaschutz dürfen andere Fragen nicht vernachlässigt werden. Dafür ist es zunächst notwendig, die übliche Schwarz-Weiß-Malerei endgültig aufzugeben. Die permanente Abgrenzung „entweder Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum“, „entweder Energiesicherheit oder weniger Treibhausgase“ ist längst nicht mehr zeitgemäß. Die dringlichste Frage unsere Zeit ist die nach einem kohlenstoffarmen und nachhaltigen Wirtschaftssystem. Erneuerbare Energie – je nach regionaler Verfügbarkeit – sowie die Steigerung der Energieeffizienz können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Wichtig ist und bleibt aber auch, schädliches Fehlverhalten noch umfassender als bisher zu bestrafen. Dafür ist vor allem eine Ausweitung des Emissionszertifikatehandels, möglichst in einem globalen Regime, notwendig. Gelingen kann dies nur, wenn erstens ein weltweiter Grundkonsens erzielt wird und zweitens Ökonomie, Energie und Klimaschutz endlich als Einheit gedacht werden.

Neue Partnerschaft

Im Hinblick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz lassen sich daher zunächst einige klimaspezifische Handlungsempfehlungen geben, ohne dass die anderen Aspekte außer Acht gelassen werden. Auch beim Klimaschutz muss grundsätzlich das Subsidiaritätsprinzip gelten. Als Ballungsräume sind etwa die Städte weltweit für rund 80 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Das heißt, dass der städtische und kommunale Klimaschutz – wie etwa auf dem Treffen der Bürgermeister aus 30 Großstädten im Mai 2007 in New York – als komplementärer Aspekt zu internationalen Maßnahmen ausgebaut werden muss. Zusätzlich sollten die EU-Mitgliedstaaten auf einen Ausbau der gemeinsamen Bemühungen hinarbeiten und darüber hinaus die Führung für eine globale Lösung übernehmen. Trotz des Gesinnungswandels in den USA wird es in Bali kaum möglich sein, die Bush-Administration für eine Fortsetzung des Kyoto-Prozesses zu gewinnen. Daher sollten die europäischen Vertreter den Schulterschluss zu den asiatischen Schwellenländern suchen. Die Einigung auf ein globales *Pro-Kopf-Emissionsguthaben* könnte hierbei den Durchbruch bringen.

Globaler Marshallplan

Eine besondere Dramatik erlangt der Klimawandel, wenn verschiedene Apologeten Parallelen etwa zum zweiten Weltkrieg ziehen. Jenseits aller Überspitzung kann aber ein Aspekt der Nachkriegszeit als Modell für eine globale Klimaallianz sehr hilfreich sein: ein *globaler Marshallplan*, der auch zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern dient. Das größte Hindernis für effektiven Klimaschutz in den Industrieländern sind die starren

Strukturen eines auf Kohlenstoff basierenden Energiesystems. In den aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien und Südamerika kann dieser Fehler vermieden werden, indem schon jetzt ein hoher Anteil erneuerbarer Energieträger und effizienter Technologien eingesetzt wird. Daher muss den großen Industrienationen die Möglichkeit gegeben werden, ihre ‚Klimaschuld‘ zumindest partiell durch Investitionsprogramme und Technologietransfer zu begleichen. Die Elektrifizierung ist eine der Grundvoraussetzungen für ökonomische und technologische Entwicklung. Viele Regionen, in denen Strom – und damit auch Fernsehen, Internet, elektrisches Licht und Ähnliches – bisher keine Selbstverständlichkeit sind, können mittels dezentraler Kleinanlagen versorgt werden. An Stelle großer Kernreaktoren, Kohle- oder Erdgaskraftwerke kann insbesondere in der südlichen Hemisphäre durch Wind- und Sonnenenergie eine flächendeckende Stromversorgung aufgebaut werden. Das ist nachhaltig klimafreundlich und kann darüber hinaus als Ausgangspunkt für die Modernisierung bisher vom technologischen Fortschritt abgekoppelter Regionen dienen.

Angesichts der zweiten Runde des Emissionshandels sollte auch der Flugverkehr in das ETS einbezogen werden, das bisher vor allem große Industrieunternehmen und Energiedienstleister umfasst. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments, ab 2011 CO₂-Zertifikate im Umfang von 90 Prozent der durchschnittlichen Emissionswerte von 2004 bis 2006 zu vergeben, wobei 25 Prozent der Zertifikate versteigert werden sollen, ist daher ein erster, richtiger Schritt. Darauf aufbauend müsste jedoch eine internationale Regelung getroffen werden, um auch den außereuropäischen Flugverkehr zu integrieren. Gleiches gilt für den Schiffsverkehr, der bisher ebenfalls nicht berücksichtigt wurde, dessen Volumen aber im Zuge der fortschreitenden Globalisierung ständig wächst. Hingegen macht es wenig Sinn, Haushalte und Straßenverkehr in den Emissionshandel aufzunehmen. Gerade Letzteres lässt sich durch die verschiedenen Steuerinstrumente und Mautsysteme besser regulieren. Zudem wälzen die Unternehmen ohnehin einen Teil der Zertifikatskosten durch höhere Preise auf die Konsumenten um, sodass hier schnell eine Doppelbelastung entstehen würde. Da das eigentliche Ziel des ETS die Steigerung der Ressourcenproduktivität sowie die Innovationsförderung ist, beschränkt sich der geeignete Adressatenkreis ohnehin auf die Sektoren Industrie und Dienstleistung. Daher muss auch der Kostendruck eine gewisse Schmerzgrenze erreichen, um den gewollten Effekt erzielen zu können.

Flugverkehr einbeziehen

Ein wichtiger Aspekt des gegenwärtigen globalen Engagements gegen den Klimawandel wurde bisher stark vernachlässigt: die aktive Einbeziehung der Bürger. Während verschiedene Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Umwelt-NGOs mittlerweile intensiv um die oder bei der Suche nach innovativen Lösungsansätzen konkurrieren beziehungsweise kooperieren, werden große Teile der Gesellschaft außen vorgelassen. Das Kommunikationsdebakel um die Einführung der Öko-steuer zeigt deutlich, welche Defizite hier noch im Raum stehen. So ergab etwa die jüngste Eurobarometer-Umfrage, dass 43 Prozent der Europäer den Umweltschutz zu einem Schwerpunktthema der EU machen wollen (siehe dazu: Eurobarometer 67). Auch andere Studien bestätigen, dass die Bedrohung durch den Klimawandel deutlich wahrgenommen wird. Unterschiedlicher fallen die Ergebnisse hingegen aus, wenn nach der Wirksamkeit individueller Maßnahmen oder der Bereitschaft zu höheren Preisen für den Klimaschutz gefragt wird. Hier bietet sich ein breit angelegter Diskurs über die Ziele und Möglichkeiten des Klimaschutzes sowie die Folgen des Nicht-Handels an. Dieser Dialog muss aber in verstärktem Maße auf nationaler ebenso wie auf europäischer Ebene auch mit der Wirtschaft geführt

Bedeutung der Zivilgesellschaft

werden. Die häufigen Fehlschläge bei freiwilligen Selbstverpflichtungen – zuletzt die CO₂-Obergrenze bei Automobilen – könnten so vermieden werden. Allen Beteiligten muss klar werden, dass Klimaschutz keine Option mehr ist, sondern eine Notwendigkeit, die notfalls auch in einem ordnungspolitischen Rahmen umgesetzt werden muss.

Integrierte Klimaaußenpolitik

Über die einzelnen Maßnahmen wie Pro-Kopf-CO₂-Guthaben und Marshallplan hinaus muss die EU an einer Vernetzung einzelner Politikbereiche mit Klimarelevanz arbeiten. So bietet sich etwa in den Bereichen Nachbarschaftsbeziehungen sowie Entwicklungszusammenarbeit eine Verknüpfung mit dem Klimaschutz an. Beispielsweise könnte die Vergabe von finanziellen Hilfen an eine nachhaltige Umsetzung gebunden werden. Mit einem derartigen Konditionalitätsansatz, wie ihn die EU bei ihren Beitritts- und Assoziierungsprozessen gebraucht, ließe sich ein positiver Beitrag für den globalen Klimaschutz leisten. Sofern auch in den Außen- und Wirtschaftsbeziehungen der Treibhauseffekt stärker berücksichtigt würde, könnte es gelingen, eine internationale Allianz gegen den Klimawandel zu schmieden. Dazu gehört auch ein Rückgriff auf Instrumente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Insbesondere die Entwicklung von Krisenreaktionsmechanismen – beispielsweise im Falle von Naturkatastrophen – sowie der Aufbau regionaler Frühwarnsysteme müssen hier oberste Priorität haben. Notwendig ist darüber hinaus eine engere Zusammenarbeit mit Staaten, die selbst keine ausreichenden Kapazitäten für Adaptionsmaßnahmen und Risikomanagement haben. Als Hauptverantwortliche für den Treibhauseffekt sind die Industrienationen geradezu verpflichtet, die restliche Welt an ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels teilhaben zu lassen.

Führungsrolle der EU

Bei den internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz kann die EU gleich aus mehreren Gründen eine Führungsrolle nicht von sich weisen. Zum einen zählt die Union durch ihre wirtschaftliche Stärke – zusammen mit China und Indien – zu den größten Emittenten weltweit und hat aufgrund ihrer frühen Industrialisierung eine beträchtliche Klimaschuld angehäuft. Zudem ist die EU als Verfechter eines effektiven Multilateralismus und durch ihre vielfältigen Verflechtungen in den internationalen Beziehungen geradezu prädestiniert dafür, positiven Einfluss auf Partnerstaaten auszuüben. Außerdem ist eine effiziente Führung anderer Länder oder Organisationen kaum zu erwarten. Das heißt, dass die EU erstens zum Vorreiter einer klimafreundlichen Politik werden muss, indem sie ihre eigenen Ziele vom März 2007 (vgl. Florian Baumann: Klimafreundliches Brüssel?, C·A·P Aktuell 04/2007) zügig umsetzt. Zweitens sollten die Brüsseler Organe in Kooperation mit den Mitgliedstaaten ihr Engagement für einen globalen Lösungsansatz verstärken. Neben intensiven Verhandlungsbemühungen kann hier auch ein gewisser Druck gegenüber unwilligen Partnerstaaten aufgebaut werden. Denkbar ist beispielsweise ein CO₂-Zoll für Importe aus Ländern, die sich dem Klimaschutz verweigern. Zu prüfen bleibt in diesem Zusammenhang, inwieweit ein derartiger Zoll unter den WTO-Bestimmungen durchsetzbar ist. Auch eine Kennzeichnungspflicht für die CO₂-Bilanz verschiedener Produkte ist machbar. Dann läge es an den Konsumenten, das klimafreundlichste Produkt zu erwerben. Unabhängig davon, welche Maßnahmen im Einzelnen umgesetzt werden, bedarf es einer gewissen Führung, um eine *globale Klimaallianz* zu schmieden. Wer, wenn nicht die EU, ist dazu in der Lage.

C·A·P

Centrum für angewandte
Politikforschung
© 2007

Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Telefon 089 · 2180 1300
Telefax 089 · 2180 1329
E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap-lmu.de